



Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen



Düsseldorf, 16.02.2007

Sprechzettel des stellvertretenden Ministerpräsidenten

des Landes Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Andreas Pinkwart

im Bundesrat am 16. Februar 2007

zur Gesundheitsreform

- es gilt das gesprochene Wort -

SPERRFRIST: REDEBEGINN !!

Mit dem heute vorliegenden Entwurf zur Reform des deutschen Gesundheitswesens beabsichtigt die Bundesregierung, ein nach wie vor äußerst umstrittenes Vorhaben durchzusetzen.

Schon die Entstehungsgeschichte spricht Bände. Dieses Gesetzeswerk ist gegen den Rat der Sachverständigen, gegen den Rat der im Gesundheitswesen Tätigen und gegen den Rat vieler Fachpolitiker auch aus den Reihen der Regierungsfractionen zustande gekommen.

Und entsprechend sieht auch das Ergebnis aus. Der Vorsitzende des Sachverständigenrates, Prof. Rürup, hat es so bewertet: Bei der Kompromissfindung zur Gesundheitsreform sei es der großen Koalition in einzigartiger Weise gelungen, zwei völlig unterschiedliche Konzepte kunstvoll so miteinander zu verknüpfen, dass am Ende nur die Nachteile dabei herausgekommen seien.

Heißt im Klartext: Eine zukunftssichere und für die Menschen verständliche Lösung für unser Gesundheitssystem wurde nicht gefunden.

Für die Versicherten, die Patienten und für die Gesundheitswirtschaft wird unter dem Strich nichts besser, aber alles teurer.

- Es wird keine Vorsorge dafür getroffen, dass die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben aufgrund des zunehmenden Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung immer weiter auseinander geht. Es bleibt bei der Umlagefinanzierung **zu Lasten der jungen Generation**. Mit der PKV wird eine auf Vorsorge und Verlässlichkeit fußende Säule des deutschen Gesundheitssystems mit Absicht geschwächt und in ihrer Entwicklung behindert.
- Die konjunkturanfällige und den Arbeitsmarkt belastende **Anbindung der Beiträge an die Löhne und Gehälter** wird nicht beseitigt. Auch sinken die Beitragssätze nicht, sondern sie steigen bereits in diesem Jahr deutlich an.
- Den Versicherten wird die **Freiheit**, ihren Versicherungsschutz weitgehend selbst zu gestalten, versagt. Es gibt auch keinen Zugewinn an **Transparenz**, weder bei den Beiträgen noch bei den Abrechnungen, bei denen am Sachleistungsprinzip festgehalten wird.

- Das Ziel der **Entbürokratisierung** wird ebenso verfehlt; stattdessen entsteht mit dem Gesundheitsfonds ein neues bürokratisches Monstrum. Es wäre das erste Mal in der Geschichte der Menschheit, dass zwei Bürokratien besser und billiger arbeiten als eine. Erst recht, wenn eine überhaupt nicht gebraucht wird.
- Wir brauchen endlich eine verlässliche gesetzliche Regelung, dass der Versicherungsschutz für Kinder künftig nicht mehr aus Beitragseinnahmen, sondern aus Steuermitteln finanziert wird. Wenn eine solche Regelung nun auch von der Bundesregierung gewollt ist – was ich sehr begrüße – dann aber muss sie auch für alle Kinder gelten. Und sie muss im Gesetz eindeutig und sauber geregelt werden. Die Kinder müssen beitragsfrei gestellt werden, und zwar unabhängig von der Kassenart.

Das Gesamtvorhaben wird die Bürgerinnen und Bürger **teuer** zu stehen kommen: Im Handelsblatt lässt der Finanzminister bereits durchblicken, dass der bis auf 14 Milliarden Euro steigende Bundeszuschuss ohne weitere Steuererhöhungen nicht finanzierbar ist.

Zur Begründung wird das Finanzministerium mit den Worten zitiert:

„Der Bundeszuschuss an die Krankenkassen ist nicht allein durch Kürzungen von Ausgaben zu realisieren. Das geht nur, wenn zusätzlich die Steuern steigen.“

Vor uns steht also die erste Gesundheitsreform, die mit einer Erhöhung der Krankenkassenbeiträge beginnt und nach der zu Jahresbeginn erfolgten, größten Steuererhöhung aller Zeiten weitere Steuererhöhungen mit sich bringen soll.

Anstelle der Krankenkassen, die ihre Beiträge bislang im Wettbewerb festgesetzt haben, bestimmt jetzt ohne Beteiligung der Länder – die etwa bei der Rente, der Pflege oder bei den allgemeinen Steuersätzen vorgesehen ist – alleine die Bundesregierung über den Beitragssatz.

Das gleiche gilt für die Höhe des Bundeszuschusses. Das führt zu einer Gesundheitspolitik nach Gutsherrenart und Kassenlage.

Hinter uns liegt ein quälender Gesetzgebungsprozess. Das zeigt die Vielzahl der Änderungsanträge aus den Reihen der Bundesregierung. Das zeigen auch die sage und schreibe 113 Änderungsanträge der Länder.

Für unser Land bedeutet diese Gesundheitsreform eine Schwächung der nordrhein-westfälischen Gesundheitswirtschaft, des Versicherungsstandortes und auch der Pharmaforschung in NRW.

Auch wenn es im Verfahren zu Nachbesserungen beim Solidarbeitrag der Krankenhäuser gekommen ist. Es bleibt dabei: Die Krankenhäuser werden nach der Mehrwertsteuererhöhung mit den zusätzlichen Sparbeiträgen erneut und willkürlich belastet – allein in NRW mit mindestens 75 Millionen Euro. Davon sind auch die Universitätsklinika betroffen.

Fazit: **Vor uns** liegt im Ergebnis ein Gesetzeswerk, das seinen ursprünglichen Zielen nicht gerecht wird. Es stellt die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) nicht auf längerfristig tragfähige Fundamente. Es senkt nicht die Lohnzusatzkosten. Es stärkt nicht den Wettbewerb.

Das beurteilen offenbar auch die Bürgerinnen und Bürger so. Eine Forsa-Umfrage vom 31. Januar 2007 belegt: Für 80 Prozent der Bevölkerung ist die Gesundheitsreform ein Buch mit sieben Siegeln. Das Unverständnis geht quer durch alle Parteien und Bevölkerungsgruppen. 86 Prozent sehen nur noch ein Hickhack aber kein erkennbares Konzept. Zugleich nimmt die Zufriedenheit mit der Gesundheitsversorgung weiter ab: 2001 waren noch 66 Prozent zufrieden. Heute sind es nur noch 45 Prozent.

Die Menschen sehen den Handlungsbedarf, sie sehen aber keine überzeugende Lösung. Dem ist nichts hinzuzufügen.